IHK Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Sachsen-Anhalt

Wirtschaft in Sachsen-Anhalt 2008

Weiterhin Wachstum trotz konjunkturellen Abschwungs

Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Sachsen-Anhalt

Stand: April 2009

Weiterhin Wachstum trotz konjunkturellen Abschwungs

Vorwort

1. Konjunktur: 2008 – Jahr des Abschwungs 3

1.1 Das Gesamtbild: Lage noch stabil, Verunsicherung am Jahresende 3

Beschäftigungspläne: Höhepunkt überschritten 3

Investitionspläne: zunehmende Zurückhaltung spürbar 5

1.2 Der Blick in die einzelnen Branchen 7

Industrie: Konjunkturlokomotive verliert an Fahrt 7

Baugewerbe: relative Stabilität der Lage auf niedrigerem Niveau 8

Handel: nur mäßige Eintrübung im Jahresverlauf 9

Dienstleistungsgewerbe: Stabilitätsanker der Konjunktur 10

Verkehrsgewerbe: Ölpreiskapriolen und Mautschock drücken Stimmung 11

2. Struktur: Das Jahr 2008 – ein gutes Jahr für die Beschäftigung 12

3. Wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen 16

3.1 Bundesebene 16

Konjunkturpolitik: Was kann, was darf der Staat in der Krise unternehmen? 16

Wenn konjunkturpolitische Maßnahmen - dann zügig und nachhaltig! 17

Arbeitsmarktpolitik: Das Richtige tun – auch und gerade in „Krisenzeiten“! 18

Gesundheitssystem reformieren: Strukturreform statt Gesundheitsfonds! 19

Für zukunftsorientierte Energiepolitik und Klimaschutz mit Augenmaß! 20

Fachkräftemangel: unverminderter Handlungsbedarf! 21

Unternehmensteuerreform und Erbschaftsteuerreform nachbessern! 22

3.2 Landesebene 24

Berufsbildende Schulen: Wohnort- und Ausbildungsortnahe Ausbildung sichern! 24

Senkung der Schulabbrecherquoten: detaillierte Analyse nötig! 24

„Initiative B6n“: Unternehmen und Politik für ein modernes Verkehrsnetz! 25

A 143 (Westumfahrung Halle): Faire Abwägung aller Interessen notwendig! 25

Konjunkturpaket II: schnelle Umsetzung nötig! 25

Landesentwicklungsplan: Sachsen-Anhalt als Wirtschaftsstandort sichern! 26

Anhang 27

Vorwort

Die Industrie- und Handelskammern Magdeburg und Halle-Dessau beobachten die konjunkturelle und strukturelle Entwicklung der Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt seit nunmehr 18 Jahren. Die Analyse regionaler Besonderheiten dient zum einen der Information der Mitgliedsunternehmen im jeweiligen IHK-Bezirk. Zum anderen ist sie den Kammern unverzichtbare Grundlage und Orientierung in ihrem Ringen um bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Der vorliegende gemeinsame Jahresbericht beider Kammern, der die konjunkturelle und strukturelle Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt insgesamt in den Blick nimmt, ist der sechste seiner Art. Im ersten Teil wird eine zusammenfassende Erläuterung des Konjunkturverlaufs im Jahr 2008 im Land Sachsen-Anhalt vorgenommen.

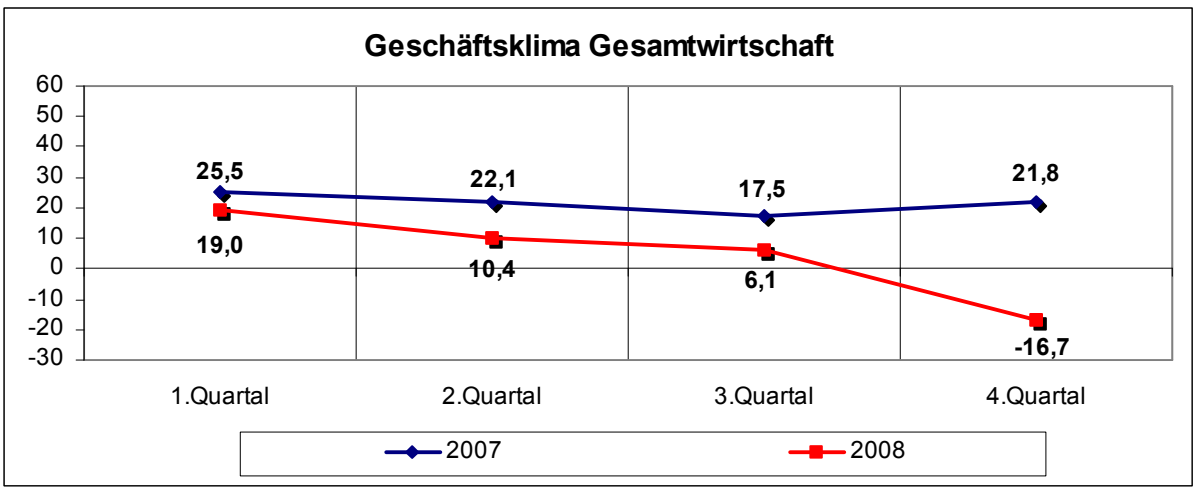
Die traditionell im zweiten Teil des Berichts aufgeführten, ausgewählten wirtschaftspolitischen Handlungsempfehlungen für Bund und Land sind aus naheliegenden Gründen auch von der aktuellen Wirtschaftsentwicklung geprägt. Die Zunahme der staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen sieht die Landesarbeitsgemeinschaft dabei durchaus kritisch. Es muss klar getrennt werden zwischen sachgerechten, ordnungspolitisch vertretbaren Maßnahmen und Aktionismus, der Fehlanreize setzt. Die mittel- und längerfristig noch zur Lösung ausstehenden Problemfelder (Stichwort Schul- und Berufsbildung) dürfen zudem nicht in den Hintergrund gedrängt werden.

Grundlegend ist die Landesarbeitsgemeinschaft der Auffassung, dass die Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt in ihrer Struktur insgesamt gut aufgestellt ist und die gegenwärtige kritische Situation ohne große Verwerfungen überstehen wird.

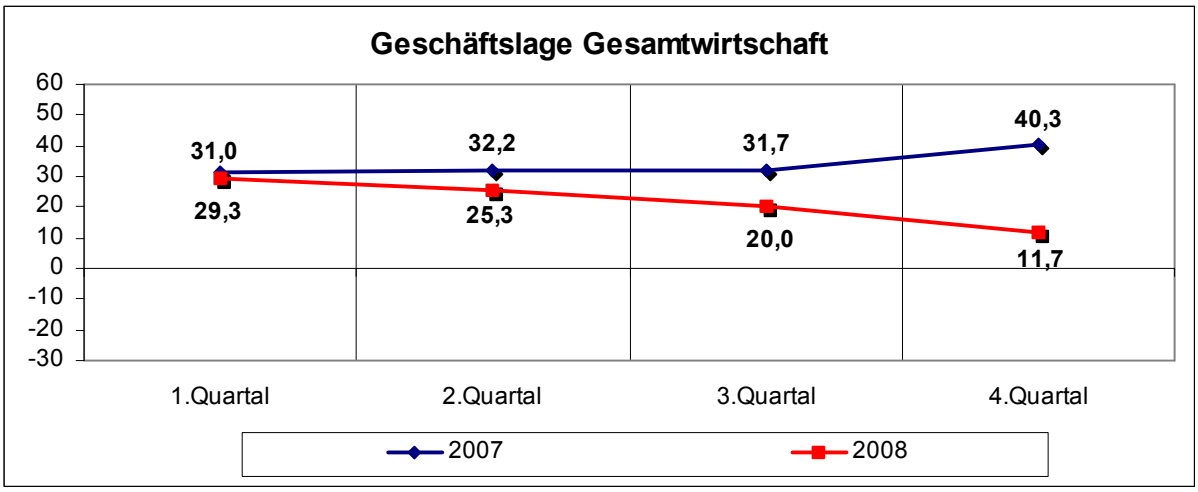
1. Konjunktur: 2008 - Jahr des Abschwungs

1.1. Das Gesamtbild: Lage noch stabil, Verunsicherung am Jahresende

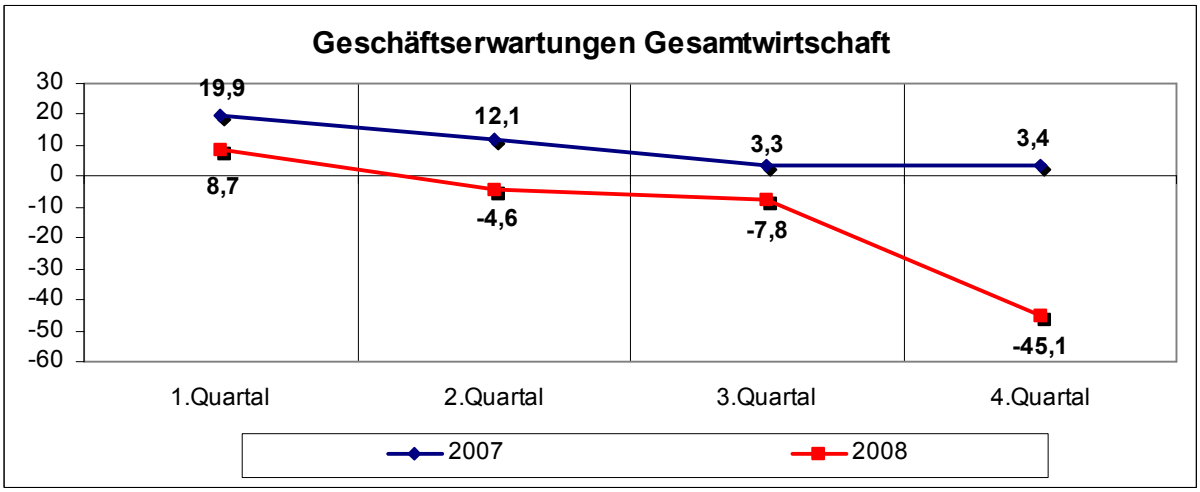
Die konjunkturelle Entwicklung in Sachsen-Anhalt hat im abgelaufenen Jahr einen Abschwung erfahren. Diese Tendenz setzte bereits weit vor den Finanzmarkkturbulenzen im Herbst 2008 ein. Der **Geschäftsklimaindex** der Industrie- und Handelskammern des Landes – gemessen als gewichtetes Mittel aus Bewertungen der Geschäftslage und der Geschäftserwartungen – bewegte sich bei fallender Tendenz konstant unter den Vergleichswerten des Vorjahres, das hohe Maßstäbe anlegt: es war vom Konjunkturverlauf her das erfolgreichste seit Beginn der Berichterstattung. Im 4. Quartal 2008 fiel der Index, getrieben durch äußerst pessimistische Erwartungswerte über alle Branchen, in den negativen Bereich. Wesentlichen Einfluss auf diese Entwicklung am aktuellen Rand hatte die Verschlechterung des Geschäftsklimas in den Kernbranchen der sachsen-anhaltischen Wirtschaft, der Industrie und dem Dienstleistungsgewerbe.



In der Einzelbetrachtung der beiden Bestimmungsgrößen des Geschäftsklimas wird deutlich, in welch unterschiedlicher Ausprägung sie den Abwärtstrend im Jahr 2008 begründet haben. Die **Lagebewertungen** erreichten im 1. Quartal mit einem Saldowert von 29,3 noch ungefähr das Niveau des entsprechenden Vorjahresquartals. In der Folge wiesen sie eine rückläufige Tendenz auf und erreichten im 4. Quartal den größten Rückstand im Vergleich mit den Vorjahreswerten: 11,7 gegenüber 40,3 zum Jahresende 2007. Dennoch lässt sich im Jahresverlauf noch eine gewisse Stabilität darstellen, die vor allem auf Rückmeldungen aus den bereits genannten Kernbereichen Industrie und Dienstleistungen basiert.



Die **Geschäftserwartungen** über alle Branchen verzeichneten im Jahresverlauf eine kontinuierliche Eintrübung, die – wie bereits erwähnt – im 4. Quartal kulminierte: der entsprechende Saldowert von -45,1 ist der schlechteste bislang gemessene. Dabei offenbart sich nicht nur ein deutlicher Trend- und Niveauunterschied zu den Geschäftserwartungen des Vorjahres, wie die Grafik verdeutlicht, sondern auch ein wesentlich steilerer Abfall der Salden im Vergleich zur Geschäftslage 2008, deren Rückgang moderater blieb und deren Quartalswerte nicht in den negativen Bereich fielen.



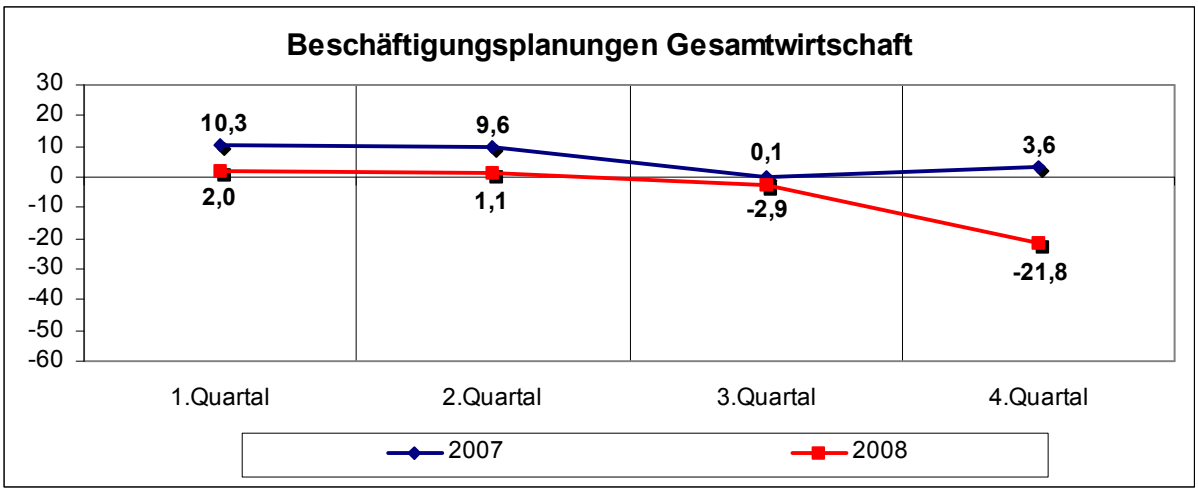
Alle Branchen liegen 2008 mit ihren Erwartungswerten durchgängig unter dem Niveau der Vorjahreswerte, es gibt also keine positiven Ausreißer in der Entwicklung. Die Verschlechterung der Geschäftserwartungen hatte sich bereits im Vorjahr angedeutet, sie gewann im abgelaufenen Jahr deutlich an Dynamik. Die pessimistischen Geschäftsprognosen aus dem 4. Quartal 2008 dürften durch die enorme Verunsicherung an den Märkten im Zeichen der Finanzmarktkrise entscheidend in ihrem Ausmaß geprägt worden sein. Die Überzeichnung der Stimmungswerte ins Negative wurde und wird durch die mediale Dauerpräsenz von Krisenmeldungen und Rezessionsprognosen sowie die Unsicherheit der Unternehmen bezüg-

lich Sinn und zügiger Umsetzung von Hilfsmaßnahmen seitens der öffentlichen Hand entscheidend geprägt.

Die Ereignisse des Herbstes stehen jedoch nicht stellvertretend für das gesamte Jahr 2008. Die Wachstumskräfte der vergangenen Jahre haben auch in das abgelaufene Jahr ausgestrahlt. Die Schrumpfung der Wirtschaftsleistung am aktuellen Rand wird dadurch überkompensiert, so dass für das Land Sachsen-Anhalt insgesamt für 2008 nach gegenwärtigem Berechnungsstand ein **reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts** von **1,8 Prozent** zu Buche steht. Es sei an dieser Stelle noch einmal betont: die Wirtschaftsstruktur des Landes ist stabil und verfügt über ein gutes Entwicklungspotenzial – diese Feststellung gilt krisen- und konjunkturunabhängig.

Beschäftigungspläne: Höhepunkt überschritten

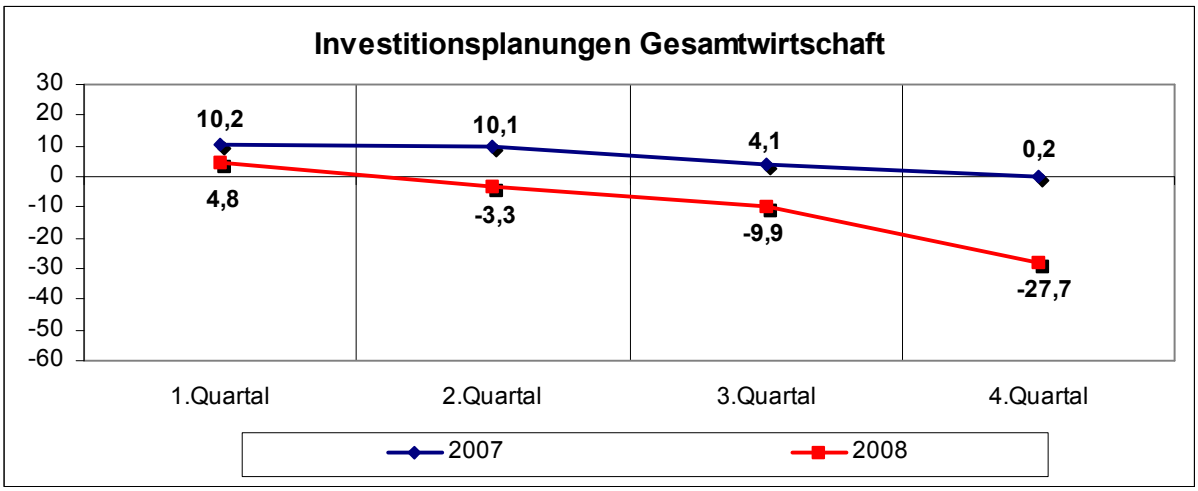
Der Indikator für die **Beschäftigungspläne** der sachsen-anhaltischen Unternehmen fiel in der zweiten Jahreshälfte 2008 in den negativen Bereich, mit deutlichem Abstand wiederum beim Wert des 4. Quartals (-21,8) im Vergleich zum Vorjahreswert (3,6). Es wird deutlich, dass der Höhepunkt überschritten ist: die Phase des Beschäftigungsaufbaus, die aus dem Jahr 2007 noch in die erste Hälfte des Jahres 2008 herüberreichte, ist vorerst beendet. Die starke Korrektur der Beschäftigungsabsichten in allen Branchen nach unten gegen Jahresende bedeutet aber nicht automatisch, dass im Jahr 2009 überall in Größenordnungen Entlassungen zu befürchten sind. Die Unternehmen werden zunächst die Möglichkeiten alternativer Instrumente wie Kurzarbeit oder flexible Arbeitszeitkonten ausschöpfen und ihre Stammbelegschaften, soweit es ihre Auftrags- und Ertragslage zulässt, halten. Der Mangel an Arbeitskräften in bestimmten Qualifikationen und die Notwendigkeit, kurzfristig wieder auf ein Anziehen der Konjunktur reagieren zu können, spielen hierbei eine entscheidende Rolle.



Investitionspläne: zunehmende Zurückhaltung spürbar

Die **Investitionsbereitschaft** der befragten Unternehmen hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich verschlechtert. Nach den durchgängig positiven Salden des Vorjahres lagen die Werte 2008 nur im 1. Quartal noch knapp über Null, danach stets darunter – mit wiederum stark abfallender Tendenz zum Jahresende.

In der Industrie, bei den Dienstleistungen und im Verkehr bewegten sich die Bewertungen zu Jahresbeginn per Saldo noch im positiven Bereich und kompensierten rückläufige Entwicklungen in den anderen Bereichen. Die unterjährig quartalsweise erhobenen Umfragen der Kammern bestätigen neben der allgemein rückläufigen Investitionsfreude zum Jahresende hin auch die mit einem konjunkturellen Abschwung konforme Akzentverschiebung von progressiven (Kapazitätserweiterung, Innovation) hin zu konservativen (Ersatzbedarf, Rationalisierung) Investitionsmotiven.



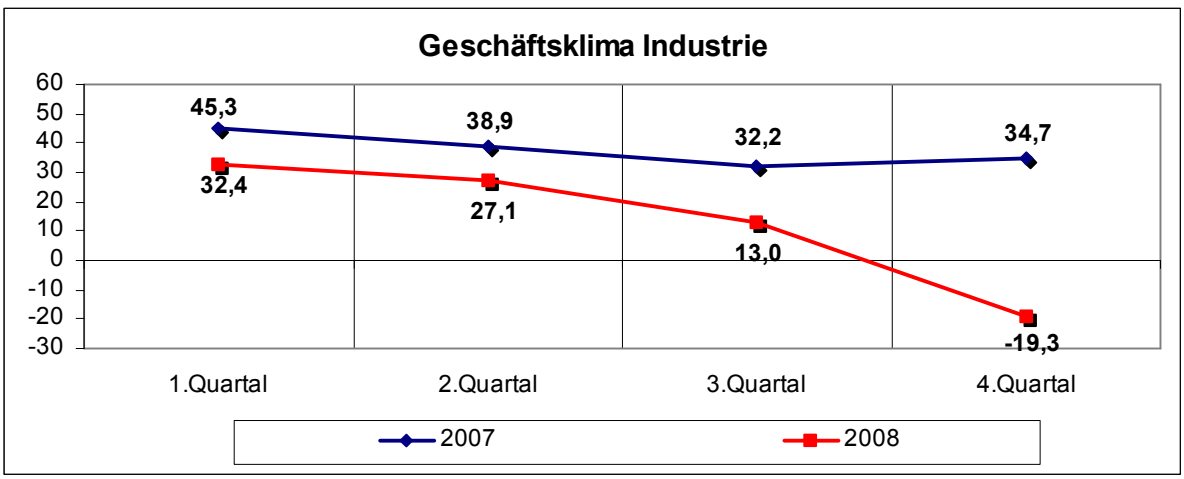
1.2 Der Blick in die einzelnen Branchen

Industrie: Konjunkturlokomotive verliert an Fahrt

Hielt der Geschäftsklimaindex in der sachsen-anhaltischen Industrie zu Jahresbeginn 2008 noch das Niveau des zweiten Halbjahres 2007, so trübte sich die Stimmung im Verlauf des Jahres deutlich ein. Mit einem Saldowert von -19,3 rutscht der Index im 4. Quartal sogar erstmalig ins Negative. Die wesentliche Abwärtsdynamik ging dabei von den Geschäftserwartungen aus, die per Saldo von 13,5 im 1. Quartal auf -48,4 im 4. Quartal nahezu einbrachen. Die Lagebewertungen zeigten sich stabiler, ihr Abwärtstrend verlief mit einem siginifikanten Niveauunterschied zu den Erwartungswerten. Auch im 4. Quartal 2008 wurde hier mit 9,8 per Saldo noch ein positiver Wert gemessen.

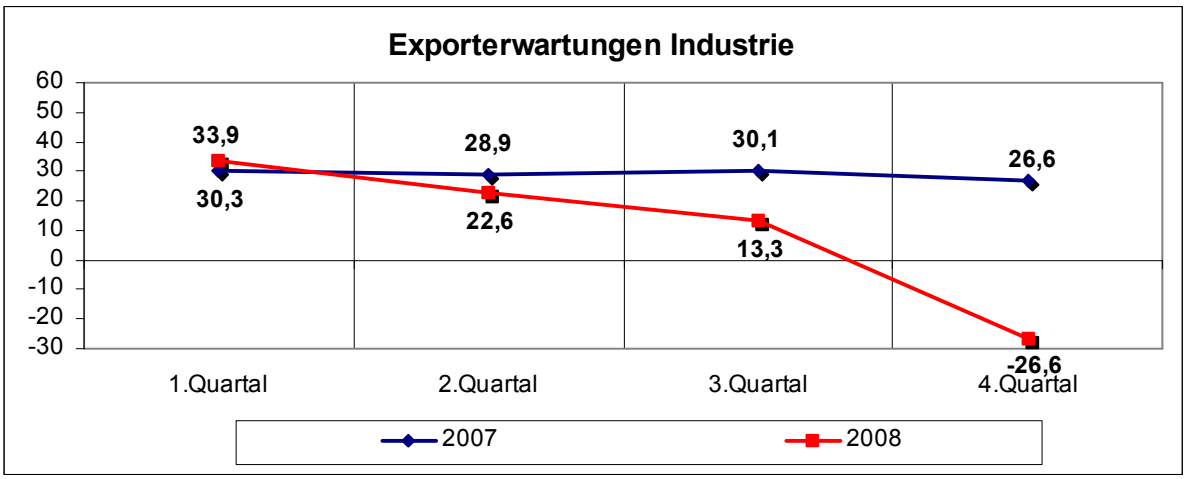
Die konjunkturelle Dynamik in der Industrie hat mittlerweile deutlich nachgelassen, daran lassen die Umfragewerte keinen Zweifel. Während die Auftragseingänge zu Jahresbeginn noch als sehr zufriedenstellend bewertet wurden, sieht es in der Gesamtbetrachtung inzwischen weniger erfreulich aus. Die mediale Konzentration auf die Automobilzulieferindustrie, die mit echten Schwierigkeiten zu kämpfen hat, versperrt jedoch den Blick auf die Gesamtsituation. So gibt es auch gegenwärtig Industriebranchen wie beispielsweise das Ernährungsgewerbe, die Elektrotechnik oder auch Teile des Maschinen- und Anlagenbaus, die unverändert von hohen Auslastungsgraden und stabilen Auftragseingängen berichten.

Die aktuellen Saldowerte für Investitions- und Beschäftigungspläne zeigen mit Werten von -28,0 respektive -24,9 wie die meisten anderen Indikatoren auch deutlich nach unten.



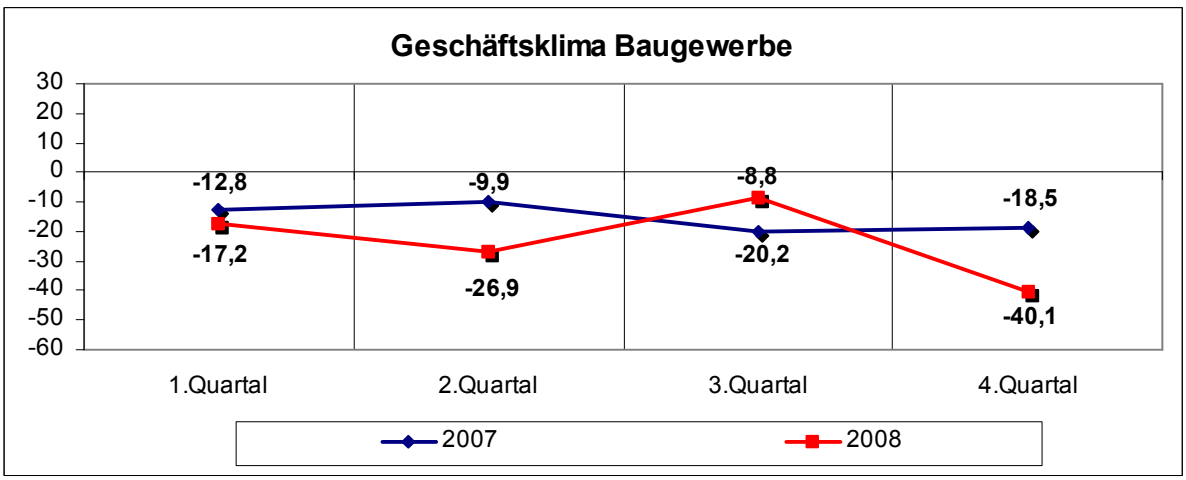
Der siginifikante Rückgang der Auslandsnachfrage verdeutlicht, dass die Krise globale Dimensionen angenommen hat, denen sich eine exportorientierte Branche wie die Industrie selbstverständlich nicht entziehen kann. Folgerichtig haben die Industrieunternehmen auch ihre Exporterwartungen am aktuellen Rand noch einmal deutlich nach unten korrigiert, auf

einen negativen Saldowert von -26,6. Zu Jahresbeginn war hier mit 33,9 noch ein höheres Niveau als im gesamten Jahr 2007 erreicht worden. Am Anteil der Unternehmen, die im Auslandsgeschäft tätig sind, hat sich im Jahresvergleich nichts verändert: rund 80 Prozent der befragten Industriefirmen Sachsen-Anhalts exportieren.



Baugewerbe: relative Stabilität der Lage auf niedrigerem Niveau

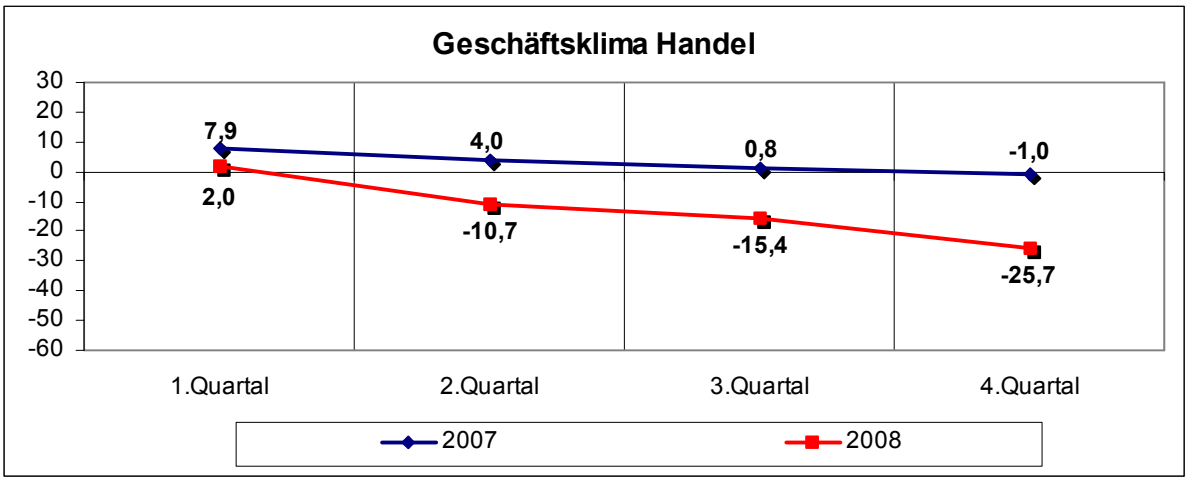
Das sachsen-anhaltische Baugewerbe sah sich 2008 mit einer im Vergleich zu 2007 abgeschwächten Auftragslage konfrontiert. Der saisonale Schub im 3. Quartal führte zu einem Anstieg der Lagebewertungen auf einen Positivsaldo von 4,7 Punkte, was sich im Folgequartal mit nur leichtem Verlust auf niedrigerem Niveau stabilisierte. Nachdem sich der Geschäftsklimaindex im 3. Quartal mit -8,8 zwar im negativen Bereich bewegte, aber besser ausfiel als alle Quartalswerte des Vorjahres, sinkt er zum Jahresende hin deutlich auf -40,1. Damit einher gehen weitere Eintrübungen bei den Investitions- und Beschäftigungsplänen.



Die sehr pessimistischen Geschäftsprognosen am aktuellen Rand (-76,2) lassen zwei Schlüsse zu: Auch im Baugewerbe sind die Erwartungswerte am aktuellen Rand negativ überzeichnet. Zudem konnten die Unternehmen zum letzten Befragungszeitpunkt mögliche Impulse für die Baukonjunktur durch die Konjunkturpakete noch nicht in ihre Geschäftserwartungen „einpreisen".

Handel: nur mäßige Eintrübung im Jahresverlauf

Das Geschäftsklima im Handel zeigt die bereits mehrfach ausgeführte abfallende Tendenz zum Jahresende. Auffällig ist hierbei, dass die Stimmungseintrübung weniger abrupt und im Niveauverlauf mäßiger als in anderen Branchen verlief.



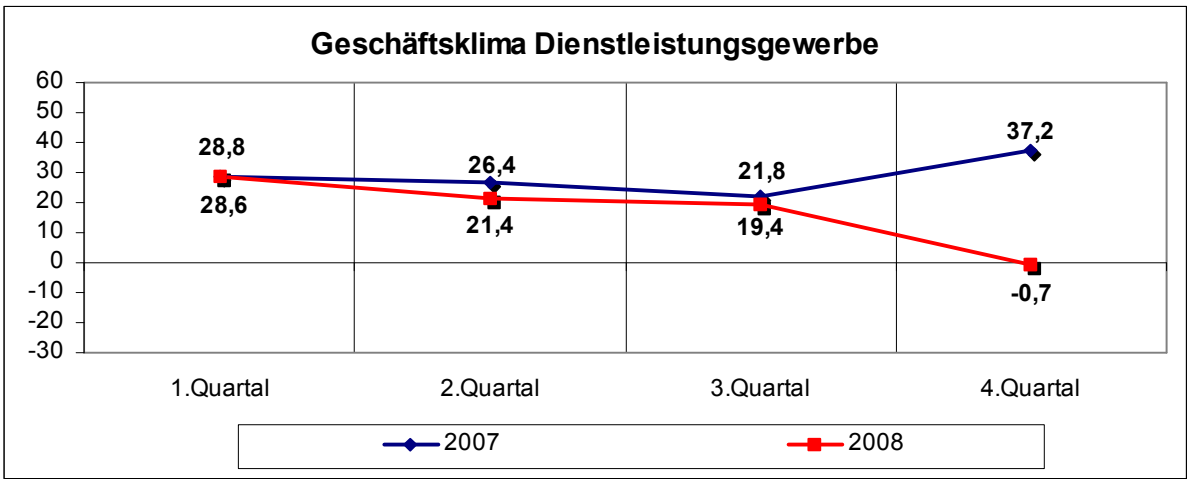
Die Entwicklung der beiden Einflussgrößen zeigt analoges Verhalten zu anderen Branchen: während die Lageeinschätzungen noch vergleichsweise günstig ausfielen, insbesondere im ersten Halbjahr 2008 mit positiven Saldowerten, bewegten sich die Geschäftserwartungen kontinuierlich abwärts auf zuletzt -48,2 Punkte. Die Lagebewertungen konnten demnach einen Teil der Eintrübungen bei den Erwartungswerten kompensieren. Weite Teile des Einzelhandels meldeten zum Jahresende 2008 einen relativ zufriedenstellenden Verlauf des Weihnachtsgeschäfts.

Zwar wirkte der nachlassende Preisdruck beim Kraftstoff im Jahresverlauf durchaus kaufkraftstärkend. Insgesamt kann jedoch der private Konsum die in ihn gesetzten Hoffnungen als Treibkraft der Binnenkonjunktur in der Region nicht erfüllen – die strukturellen Nachteile (Bevölkerungsrückgang, im Bundesvergleich noch immer unterdurchschnittliche Kaufkraft) wirken dem entgegen.

Investitions- und Beschäftigungspläne sind im Handel aktuell wie auch in anderen Wirtschaftsbereichen nach unten korrigiert worden und liegen nun deutlich unter Null.

Dienstleistungsgewerbe: Stabilitätsanker der Konjunktur

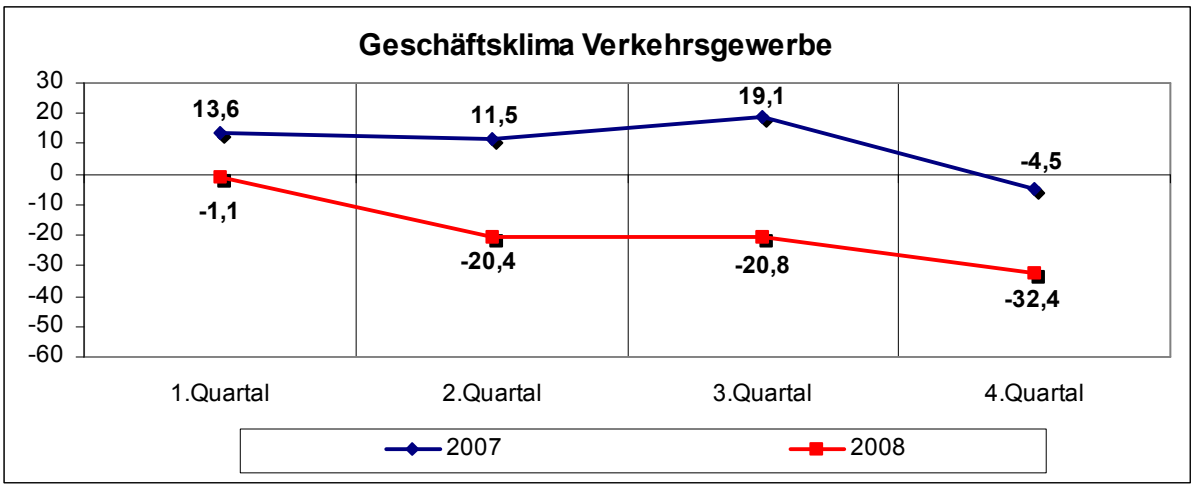
Das sachsen-anhaltische Dienstleistungsgewerbe zeigt sich – zumindest was die Geschäftslageeinschätzungen – betrifft, auch 2008 noch relativ unberührt vom konjunkturellen Abwärtstrend. Das ausgezeichnete Niveau der Lagebewertungen aus dem Vorjahr wurde in den Vergleichsquartalen 2008 nahezu durchgängig wieder erreicht – bemerkenswert insbesondere der sehr gute Lagesaldo von 28,6 im 4. Quartal. Damit haben sich die Dienstleister sozusagen als Stabilitätsanker in unruhigen Konjunkturzeiten etabliert. Dennoch kann sich auch diese Branche den gegenwärtigen Entwicklungen nicht verschließen – die Geschäftserwartungen rutschen zum Jahresende 2008 aus dem positiven Bereich unter die Nulllinie auf einen Saldowert von -30,1. Beschäftigungs- und Investitionsabsichten sind gleichfalls eingetrübt, allerdings bei weitem nicht in dem Ausmaß, wie es bei anderen Branchen zu beobachten ist.



Die Eintrübung der Geschäftserwartungen ist bei den unternehmensnahen Dienstleistern klar Ausdruck der sich abschwächenden Industriekonjunktur. Bei den personennahen Dienstleistern, die letztendlich ähnlich wie der Handel stark mit der Region verhaftet sind, dürften die bereits aufgeführten strukturellen Defizite maßgeblich sein. Ein mittelfristig zu erwartender Anstieg der Arbeitslosigkeit wirkt konsequenterweise kaufkraftschmälernd, was im personennahen Dienstleistungsbereich auftrags- und umsatzdämpfend antizipiert wird.

Verkehrsgewerbe: Ölpreiskapriolen und Mautschock drücken Stimmung

Zu Beginn des Jahres 2008 sah es im Verkehrsgewerbe noch vergleichsweise gut aus. Die stabile Auftragslage insbesondere aus dem Industriebereich stützte die Konjunktur. Doch der Ölpreis und damit generell die Kraftstoffpreise erlebten eine beispiellosen Schub nach oben, der von den Güter- und Personentransporteuren in diesem Umfang nicht an ihre Kunden weitergereichtet werden konnte. Folgerichtig drehten die Lagebewertungen des Verkehrsunternehmer ab dem 2. Quartal ins Minus. Eine willkommene Entspannung bei den Kraftstoffpreisen zum Jahresende hin wurde durch die politische Entscheidung zur Erhöhung der LKW-Maut ab dem 1. Januar 2009 sofort konterkariert. Diese Aussicht sowie ein gesunkenes Auftragsvolumen resultieren in einer starken Eintrübung der Geschäftserwartungen im 4. Quartal auf einen Saldowert von -56,6.



Die Mauterhöhung fällt nicht nur in eine konjunkturell schwierige Zeit. Die in ihrer Folge benachteiligten Fahrzeuge der Klassen EURO III und IV galten noch bis vor kurzem als Stand der Technik beim Güterverkehr, viele Unternehmen des Gewerbes haben ihre Fuhrparks dahingehend ausgestattet. Angesichts der schwierigen Kosten- und Ertragssituation ist nun kaum Spielraum für Ersatzinvestitionen. Der Saldo der aktuellen Investitionspläne bildet dies sehr deutlich ab, er lag im 4. Quartal 2008 bei einem Saldowert von -46,6. Auch die Beschäftigungspläne haben sich signifikant verschlechtert, seit dem 2. Quartal liegen sie fortlaufend im negativen Bereich.

2. Struktur: Das Jahr 2008 – Ein gutes Jahr für die Beschäftigung

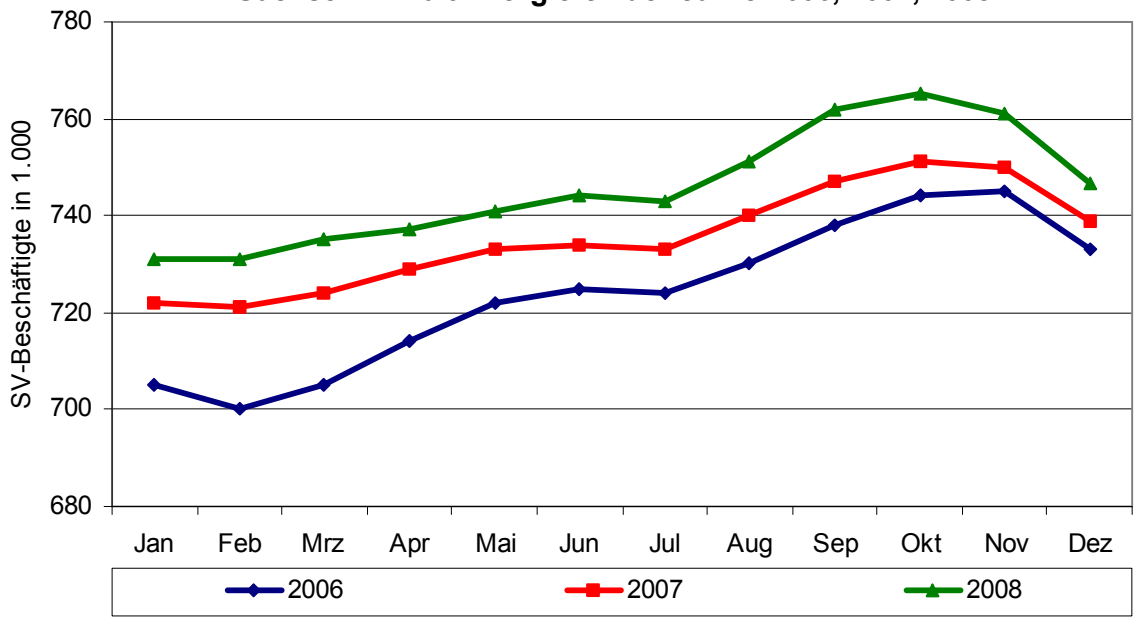
Die Daten der amtlichen Statistik belegen eindeutig: Das Jahr 2008 war, trotz manch aufziehender Wolken am Jahresende, insgesamt ein gutes Jahr für die Beschäftigung im Lande Sachsen-Anhalt. So entwickelten sich sowohl Beschäftigtenzahl als auch Arbeitslosenquote erfreulich: Mit einer Arbeitslosenquote von jahresdurchschnittlich 14,0 Prozent war die Arbeitslosigkeit so gering wie schon seit 1996 nicht mehr. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten übertraf noch im November und Dezember - trotz bereits spürbarer Rückgänge – jeweils jene der Jahre 2007 und 2006. Bemerkenswert ist, dass bis in den Herbst 2008 hinein Beschäftigungszuwächse zu verzeichnen waren, obwohl der konjunkturelle Abschwung bereits im Frühjahr 2007 begonnen hatte.

Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes für Sachsen-Anhalt fiel mit preisbereinigten 1,8 Prozent nach vorläufigen Berechnungen zwar geringer aus als in den vergangenen beiden Jahren. Aber: Auch ein etwas geringeres Wachstum bedeutet schließlich: Die Wertschöpfung der Unternehmen des Landes wurde gegenüber dem Vorjahr erneut gesteigert, es wurden mehr Waren hergestellt und mehr Dienstleistungen erbracht. Somit erscheint das Jahr 2008 rückblickend keineswegs als „Krisenjahr“ - auch wenn in Umfragen zum Jahresende deutliche Eintrübungen bei den Geschäftserwartungen sowie bei Auftragseingängen und Umsätzen gemeldet wurden.

Beschäftigungszahlen auf hohem Niveau

Bei den Zahlen zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zeigt sich bis an den aktuellen Rand eine kontinuierliche Steigerung gegenüber den Vorjahren: In jedem Monat des Jahres 2008 lag die Zahl über der von 2007 und diese wieder über jener von 2006.

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen-Anhalt - Vergleich der Jahre 2006, 2007, 2008



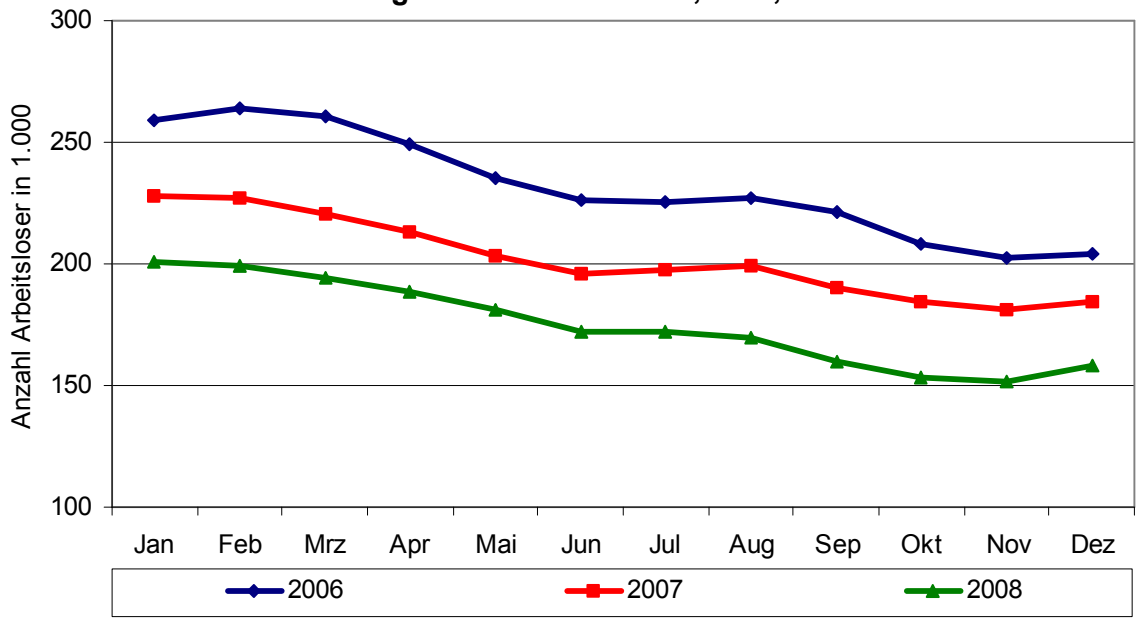
Im Dezember 2008 betrug die die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach vorläufigen Berechnungen 746.800 (Vorjahresmonat: 739.000). Auf Jahressicht, gemessen zum üblichen Stichtag 30. Juni, ist die Zahl der Beschäftigten in Sachsen-Anhalt seit 2005 um insgesamt ca. 25.000 Menschen angestiegen. Dies ist eine gute Nachricht. Zur Relativierung sei gleichwohl angemerkt, dass die Beschäftigung im Lande mit diesem Werten lediglich das Niveau von 2004 erreichte, dem Jahr kurz vor Beginn des konjunkturellen Aufschwungs. Verantwortlich dafür ist der nach wie vor sehr dynamische demografische Wandel im Land, der die Basis für Beschäftigung kontinuierlich reduziert: So sank die Zahl der Einwohner seit 2004 um 4 Prozent.

Wachstumsrate Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt												
1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
2,6	3,0	0,5	1,8	1,3	0,0	2,1	-0,1	1,2	-0,6	3,2	2,6	1,8
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum 30.06. in 1.000												
1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
942	902	885	867	837	808	784	763	745	720	725	734	745
Einwohner zum 31.12. in 1.000 (2008: 31.08.)												
1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
2.724	2.702	2.674	2.649	2.615	2.581	2.549	2.523	2.494	2.470	2.442	2.412	2.393

Deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Jahresverlauf 2008 – trotz des konjunkturellen Abschwungs – nahezu kontinuierlich gesunken und lag in jedem Monat unter der Zahl des Vorjahresmonats. Gleichwohl bleibt die Arbeitslosigkeit weiterhin eines der größten Probleme im Land.

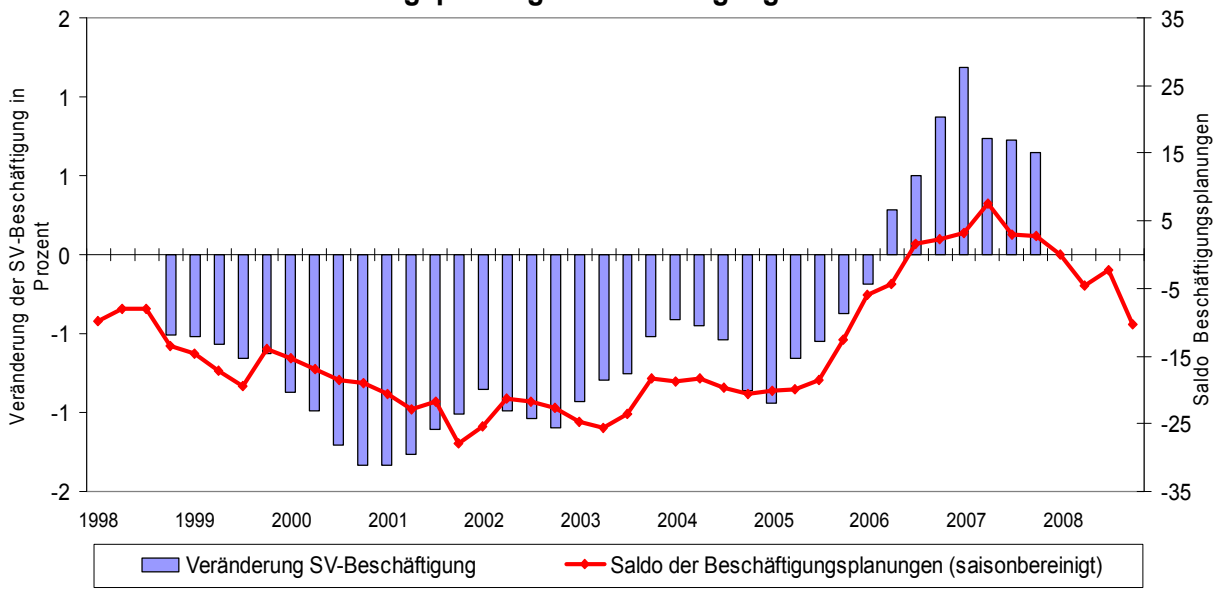
Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Sachsen-Anhalt - Vergleich der Jahre 2006, 2007, 2008



Blick voraus: Beschäftigungsrückgänge in Sachsen-Anhalt wahrscheinlich…,

Bei der Beschäftigung handelt es sich um einen so genannten „Spätindikator“. Das bedeutet, dass konjunkturelle Eintrübungen in aller Regel erst mit einer Verzögerung von ca. 6 Monaten auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Mithin wäre davon auszugehen, dass sich die etwa seit Oktober spürbare Beschleunigung des konjunkturellen Abschwungs etwa ab März 2009 in (saisonbereinigt) sinkenden Beschäftigungs- und steigenden Arbeitslosenzahlen abzeichnen dürfte. Umfragen hatten bereits im Jahresverlauf sich verschlechternde, zuletzt per Saldo deutlich negative Beschäftigungsplanungen ergeben. Erfahrungsgemäß ist auch dies ein recht zuverlässiger Indikator für nachlaufend tatsächlichen Beschäftigungsabbau (siehe Abbildung: saisonbereinigte Veränderung der Beschäftigung von IHK- Mitgliedsunternehmen; ohne Land- und Forstwirtschaft, ohne öffentliche Verwaltung u.ä.).

Beschäftigungsplanungen und Veränderungsraten der sozialversichungspflichtigen Beschäftigung in Sachsen-Anhalt



…, aber Anlass zu vorsichtigem Optimismus: Arbeitsmarkt strukturell robuster

Aus vergangenen Konjunkturzyklen ist das Phänomen bekannt, dass nach einem „durchlaufenen“ Abschwung die Arbeitslosenquote signifikant über dem Ausgangsniveau nach dem letzten Aufschwung lag. So baute sich seit 1970 in der Bundesrepublik Deutschland eine zunehmend verfestigte Arbeitslosigkeit auf. Es wurde ein „Sockel“ nach dem anderen erreicht oder, anders ausgedrückt, der Gesamtsockel wurde immer größer (siehe Abbildung):

Hingegen waren im derzeitigen Konjunkturzyklus sowohl auf dem Höhepunkt (Frühjahr 2007) als auch im bisherigen Verlauf des Abschwungs deutliche niedrigere Arbeitslosenquoten zu verzeichnen. Das gibt gewissen Anlass zu der Hoffnung, dass der Teufelskreis der „Sockelei“ diesmal durchbrochen wurde. Dabei dürften im wesentlichen zwei Faktoren eine Rolle gespielt haben: Zum einen die gleichsam „disziplinierende“ Wirkung des demografisch bedingten Fachkräftebedarfs, der bereits mancherorts spürbar ist und sich zukünftig wohl noch verschärfen wird (Unternehmen versuchen, bewährte Mitarbeiter so lange irgend möglich zu halten). Zum anderen wird deutlich, dass die (Hartz-)Reformen am Arbeitsmarkt ihre Wirkung entfalten – auch und insbesondere bei älteren Arbeitnehmern.

Diese beiden Faktoren sind es denn auch, die hoffen lassen, dass sich die Beschäftigungsrückgänge auch im weiteren Verlauf des noch anhaltenden Konjunkturabschwungs in Grenzen halten werden.

3. Wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen

3.1 Bundesebene

Renaissance der Konjunkturpolitik: Was kann, was darf der Staat in der Krise unternehmen?

Die turbulenten Entwicklungen an den Finanzmärkten im Herbst 2008 haben zu einer sehr starken Verunsicherung bei vielen Unternehmern und Konsumenten geführt. Dem Staat als Akteur mit einem gewissen Vertrauensbonus oblag es, die weitreichendsten Folgen der Finanzmarktkrise zu verhindern und das Bankenwesen in seiner Funktionsfähigkeit zu stabilisieren. Hierbei wurde in den meisten Fällen mit Bedacht gehandelt und Sicherheit vermittelt. Panikreaktionen der Sparer blieben aus, eine Kreditklemme im großen Stil – wie von vielen befürchtet – ist bis heute empirisch nicht belastbar nachzuweisen. Nachdem sich die realwirtschaftlichen Daten sichtlich verschlechtert hatten und im Prognosewettlauf der Experten immer düsterere Szenarien ausgemalt wurden, sah sich die Bundesregierung im Verbund mit den Regierungen der Länder jedoch auch konjunkturpolitisch unter Zugzwang. Infolgedessen erlebte die Öffentlichkeit in verhältnismäßig rascher Abfolge die Verabschiedung zweier Konjunkturpakete.

Die Diskussion nach der Rolle des Staates als Wirtschaftsakteur ist wieder entfacht, und das zu Recht. Denn selbst die gegenwärtige außergewöhnlich schwierige Wirtschaftslage darf keinesfalls als Grund dafür herhalten, sämtliche ordnungspolitische Prinzipien über Bord zu werfen und in konjunkturpolitisch motivierten Aktionismus zu verfallen. Walter Eucken hat bereits 1948 die zentrale Anforderung an das Staatshandeln in einer Marktwirtschaft festgehalten: „Der Staat soll weder den Wirtschaftsprozess zu steuern versuchen noch die Wirtschaft sich selbst überlassen. Staatliche Planung der Formen – ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses – nein."

Unter Berücksichtigung dieses ordnungspolitischen Kompasses, der implizit bereits eine Antwort auf die in der Überschrift gestellte Frage gibt, sind die von Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung und Belebung der Konjunktur differenziert zu bewerten. Die Verstaatlichung von privaten Geschäftsbanken sowie Staatshilfen für einzelne Unternehmen (Stichwort Opel) sind grundsätzlich abzulehnen. Mit einer solchen massiven Wettbewerbsverzerrung verletzt der Staat die Prinzipien der Gleichbehandlung und des eigenverantwortlichen Handelns einschließlich Haftung für dessen Folgen. Das Bewusstsein der umfassenden staatlichen Stützung und Rettung setzt Fehlanreize zum Eingehen unnötiger Risiken und zur Konservierung nicht wettbewerbsfähiger Strukturen. Staatseingriffe müssen stets ultima ratio sein, beschränkt auf volkswirtschaftlich bedeutsame

Fälle, bei denen vorab sämtliche privatwirtschaftlichen Optionen bereits ausgeschöpft wurden.

Wenn konjunkturpolitische Maßnahmen – dann zügig und nachhaltig!

Die Anregung zusätzlicher Investitionen auf kommunaler Ebene in den Bereichen Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur, speziell Gebäudesanierung (Energieeffizienz), die Initiierung einer flächendeckenden Versorgung mit Breitbandanschlüssen und die Mittelaufstockung sowie Zugangserleichterung für das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ sind durchaus auf nachhaltige Wirkung ausgerichtet und geeignet, Wachstumskräfte zu mobilisieren und Arbeitsplätze zu sichern. Dem Land Sachsen-Anhalt obliegt in diesem Zusammenhang die wichtige Aufgabe, Projekte mit nachhaltigem Charakter zu identifizieren und die entsprechenden Baumaßnahmen zügig zu ermöglichen. An dieser Stelle sei jedoch ein entscheidender Hinweis gestattet: Investitionen in Bildungsinfrastruktur entbinden nicht von der Daueraufgabe, in die Köpfe zu investieren – siehe dazu auch der Abschnitt „Fachkräftemangel“.

Viele Unternehmen benötigen in der gegenwärtigen Situation kurzfristig Hilfe zur Selbsthilfe bei der Überbrückung von Auftrags- und Liquiditätslücken. Die Neuregelungen zum Kurzarbeitergeld gehen in die richtige Richtung, hätten aber noch konsequenter auf eine finanzielle Entlastung der Unternehmen ausgerichtet werden können. Die verbesserten Konditionen beim KfW-Sonderprogramm 2009, beim Bürgschaftsinstrumentarium von Bund und Ländern und die Aufstockung der Mittel für das Unternehmenssicherungsprogramm „Runder Tisch“ der KfW (unter Regionalpartnerschaft der Kammern) sind zu begrüßen.

Die sogenannte Abwrackprämie genießt zwar hohe mediale Aufmerksamkeit, ihre Anreizwirkung ist jedoch nur von begrenzter Dauer und betrifft nur ein vergleichsweise kleines Segment des Automobilmarkts – sie ist damit nicht viel mehr als ein konjunkturelles Strohfeuer ohne nachhaltige Wirkung. Ähnliches gilt für den einmalig gewährten Kinderbonus sowie die vorübergehende Absenkung der paritätisch finanzierten Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung.

Geradezu mutlos sind die nachgeschobenen Korrekturen im Steuerrecht – hier wurde zum wiederholten Mal die Chance verpasst, grundlegende Fehler im Steuersystem zu beseitigen. Völlig zu recht haben die Länder bei ihrer Behandlung des Konjunkturpakets II im Februar 2009 die Bundesregierung aufgefordert, das Einkommensteuerrecht strukturell zu reformieren und die mittelstandsfeindlichen Mängel der Unternehmensteuerreform von 2008 auszumerzen (siehe hierzu auch den Abschnitt „Unternehmensteuerreform und Erbschaftsteuerreform nachbessern“).

Arbeitsmarktpolitik: Das Richtige tun – auch und gerade in „Krisenzeiten“!

Derzeit ist der Blick Vieler auf den Arbeitsmarkt - dies gilt insbesondere für Politik, Medien und breite Öffentlichkeit – beherrscht von einer einzigen Frage: Wann und in welchem Ausmaß wird sich „die Krise“ in Gestalt zunehmender Arbeitslosigkeit niederschlagen? Mit „Krise“ ist in diesem Zusammenhang das nur schwer zu entwirrende Geflecht von Problemen auf den Finanzmärkten einerseits (Geld- und Kapitalmarkt, Interbankengeschäft, Geschäftspolitik der Banken gegenüber der so genannten „Realwirtschaft“) sowie globalem konjunkturellem Abschwung andererseits gemeint.

So verständlich dieser Blick angesichts sich überschlagender Negativmeldungen in den Medien und immer neuer Expertenprognosen auch sein mag – er lässt Bedeutsames außer Acht: So dürfen, insbesondere in Deutschland, die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes nicht aus dem Blickfeld geraten! Trotz gewisser Verbesserungen durch die Hartz-Reformen gilt weiterhin: Arbeit lohnt sich viel zu oft nicht – für Unternehmer und Arbeitnehmer gleichermaßen. Über die große Anzahl der so genannten „Aufstocker“ zu klagen, grenzt an Heuchelei, wird doch dabei übergangen, dass gerade die Höhe der Sozialtransfers die Höhe des für die Aufstockung maßgeblichen „Anspruchlohnes“ bestimmt. Höhe und Dauer der Lohnersatzleistungen und sonstiger Transfers dürfen den Staat nicht zu einem der Wirtschaft überlegenen Konkurrenten um Arbeitskräfte werden lassen. Hier werden schlicht Ursache und Wirkung verwechselt. Ähnliches gilt für Klagen über die bereits spürbaren Entlassungen im Bereich Zeitarbeit: Der Boom dieser Branche in den letzten Jahren ist nichts anderes als ein eindeutiger Indikator für die Inflexibilität des „normalen“ Arbeitsmarktes, vor allem hinsichtlich Tarif- und Arbeitsrecht.

Belege dafür gibt es gerade auch aktuell mehrere: Das Arbeitsangebot kann sich aufgrund seiner relativen Starrheit nicht ausreichend schnell anpassen. Im Klartext: Menschen können insbesondere ihre Lohnansprüche nicht in einem Ausmaß senken, wie dies angesichts der in wirtschaftlich schwierigen und unsicheren Zeiten verständlichen Zurückhaltung der Arbeitsnachfrage auf Unternehmerseite notwendig wäre. (Wechsel des Arbeitsortes oder Anpassung der beruflichen Qualifikation sind naturgemäß nicht ad hoc möglich).

Wer weitere Mindestlöhne einführt (wie jüngst geschehen), bekämpft den Brand mit Löschpapier: Damit wird faktisch ein „Beschäftigungsverbot“ für all jene ausgesprochen, deren Arbeitsproduktivität – aus welchen Gründen auch immer – unterhalb dieser formal fixierten Löhne liegt. Gerade bei den Geringqualifizierten muss die Devise weiterhin heißen: Kombilohn statt Mindestlohn. Die Ausweitung der Kurzarbeit mag konjunkturpolitisch ein geeignetes Instrument sein, die strukturellen Arbeitsmarktprobleme bleiben davon unberührt.

Unabhängig von allem konjunkturellem Auf und Ab bleiben denn auch die Themen Qualifikation und Abgabenlast aktuell; diese beeinflussen nicht nur das Potential und die Flexibilität des Arbeitsangebotes maßgeblich, sondern auch das wirtschaftliche Kalkül der unternehmerischen Arbeitsnachfrage. Stichworte sind hier die Verbesserung von schulischer und beruflicher Bildung angesichts eines weiter schrumpfenden Erwerbspersonenpotentials und die Verringerung des Keils zwischen Bruttolohn (unternehmerische Kosten für Arbeit) und Nettolohn (erzieltem Einkommen). Hier sind zumindest die Senkungen der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ein Schritt in die richtige Richtung. Auch Qualifizierungs- und Ausbildungsförderung sowie innovative Vermittlungsansätze können durchaus geeignet sein, die notwendige Anpassung des Arbeitsangebotes zu erleichtern.

Gesundheitssystem grundlegend reformieren: Strukturreform statt Gesundheitsfonds!
Die Einführung des Gesundheitsfonds zum Jahresanfang hat die Beitragssätze aller gesetzlichen Kassen einheitlich auf 15,5 Prozent festgelegt. Das bedeutet Negatives in zweierlei Hinsicht: Zum einen bedeutet dies für die weitaus meisten gesetzlich Versicherten eine faktische Beitragserhöhung. Wegen der (nahezu) paritätischen Finanzierung gilt: Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden zusätzlich zur Kasse gebeten, der Keil zwischen Brutto- und Nettolohn vergrößert sich erneut, negative Folgen für die Beschäftigung sind zu erwarten. Zum anderen scheint durch den Einheitstarif zunächst einmal der letzte Spielraum für wirksamen Preiswettbewerb zwischen den Kassen beseitigt. Ob und inwieweit sich, wie von der Politik mit dieser Reform beabsichtigt, tatsächlich doch Formen wirksamen Preis- und anderen Wettbewerbs herausbilden werden, steht dahin; dass die privaten Kassen verpflichtet wurden, einen für alle gültigen Basistarif für maximal 500 Euro pro Monat anzubieten, dürfte sich ebenfalls kaum wettbewerbsbelebend auswirken.

Aktuell macht, neben dem Gesundheitsfonds, vor allem ein Bestandteil der letzten Gesundheitsreform Schlagzeilen: die Honorarreform für Ärzte. Darüber freilich geraten die nach wie vor ungelösten Kernprobleme des Gesundheitssystems in den Hintergrund: Zu wenig Wettbewerb innerhalb und zwischen den einzelnen Akteursgruppen, falsche Anreize für viele: Zu wenig Freiheit und Eigenverantwortung der Patienten, wenig Leistungsmotivierendes für Ärzte in Praxen und Krankenhäusern, weiterhin investitionshemmende dualistische Finanzierungsstruktur der Krankenhäuser etc. Kurz und gut (bzw. schlecht): Die Spirale aus steigenden Kosten und Beiträgen wird nicht durchbrochen, die grundsätzliche Schieflage aufgrund der demografischen Entwicklung bekommt man nach wie vor nicht in den Griff, von mehr integrierter und besserer Versorgung auf der Leistungsseite ist wenig zu spüren. Mit diesen

Problemen sind bereits die Baustellen der unausweichlich nächsten Reform benannt. Es gilt: Nach der Reform ist vor der Reform!

Für zukunftsorientierte Energiepolitik und Klimaschutz mit Augenmaß!

Eines der populärsten Politikthemen 2008 war in Deutschland und auch in anderen Teilen der Welt: der - „berühmt-berüchtigte“ – Klimawandel und entsprechende Maßnahmen zum Klimaschutz. Gründe dafür waren immer neue wissenschaftliche Studien zum Klimawandel sowie der (weltweit) gestiegene Energiebedarf; hinzu kamen die Kapriolen des Ölpreises.

Zwar ist der genaue Anteil des Menschen an der Verursachung des unter dem Stichwort „globale Erwärmung“ diskutierten Klimawandels keineswegs unumstritten, in einer Hinsicht freilich herrscht weitgehend Konsens: Ein sparsamer Umgang mit fossilen Energieträgern scheint geboten. Die Maßnahmen gegen den Klimawandel indes gleichen einem bunten Strauß an von vielfältigen Lobbyinteressen befürworteten Einzelmaßnahmen, der jedenfalls nicht problemadäquat erscheint. Die Einfälle der Bundesregierung beschränken sich auf die Förderung erneuerbarer Energien und die Besteuerung von Kraftstoffen. Beides sind Mittel, die zwar den Verbrauch fossiler Energieträger verteuern und insoweit senken können, allerdings zu einem Preis, der ein Vielfaches der Kosten alternativer Maßnahmen beträgt!

Die globale Dimension des Klimawandels, die in aller Regel ausschließlich als Problem wahrgenommen wird, bietet indes zugleich auch eine Chance: Statt teurer nationaler Alleingänge könnten z.B. durch eine intelligente Anwendung von Instrumenten wie z.B. Emissionszertifikaten sowohl Effektivität als auch Effizienz der Klimaschutzpolitik deutlich erhöht werden: So könnte etwa zu gleichen Kosten andernorts (außerhalb Deutschlands) ein Vielfaches an CO_2 und anderen klimaschädlicher Gase eingespart werden. Das Ganze ist eine im wörtlichen Sinne ökonomische Aufgabe und Herausforderung: Die zur Verfügung stehenden begrenzten Mittel müssen so eingesetzt werden, dass damit ein Maximum an Klimaschutz erkauft werden kann.

Auf Landesebene wird ein „breiter Energiemix“ angestrebt, der ausdrücklich die Nutzung fossiler Energieträger wie der heimischen Braunkohle einschließt. Ziel muss ein Energiekonzept auch für energieintensive Unternehmen sein.

Fachkräftemangel: unverminderter Handlungsbedarf!

Die verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften in den konjunkturell gut verlaufenen Vorjahren rückte ein Problem zunehmend in den Fokus: immer häufiger waren Unternehmen nicht in der Lage, ihre freien Stellen mit entsprechend qualifizierten Arbeitnehmern zu besetzen. Dieses qualifikationsspezifische Defizit beim regionalen Arbeitsangebot hat seine Ursache im Wesentlichen in einer demografischen Entwicklung, die für das Land Sachsen-Anhalt seit der Wende durchgehend nachteilig verläuft. Fehlanreize durch umfangreiche Vorruhestandsregelungen und nicht bedarfsgerechte Ausbildungs- und Studienschwerpunkte haben den Fachkräftemangel zusätzlich verstärkt.

Die gegenwärtige mediale Konzentration auf die negativen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt scheint dieses Thema als „Luxusproblem“ aus Hochkonjunkturzeiten in den Hintergrund zu drängen. Doch an den demografischen Ursachen hat sich nichts geändert, der Fachkräftemangel besteht krisen- und konjunkturunabhängig fort und wird spätestens in der nächsten Aufschwungphase umso deutlicher hervortreten! Die dramatisch zurückgegangenen Absolventenzahlen über alle Schulformen haben den Ausbildungsmarkt verändert: erstmals standen 2008 mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung als neue Auszubildende hinzukamen. Die Fortschreibung der Schülerzahlen für Sachsen-Anhalt lässt auch hier in absehbarem Zeithorizont keine Entspannung der Situation erkennen.

Patentrezepte zur Bekämpfung des Fachkräftemangels gibt es mit Sicherheit nicht, zumal sich Sachsen-Anhalt wie jede andere Region dem offenen Wettbewerb um die besten Köpfe stellen muss. Drei zentrale Ansatzpunkte haben sich aber grundsätzlich herauskristallisiert:

1. bedarfsgerechte Ausrichtung des Bildungssystems: Bei sinkenden Schülerzahlen ist die regionale Wirtschaft umso mehr darauf angewiesen, dass die verbliebenen dem Ausbildungsmarkt zur Verfügung stehenden jungen Menschen die von ihr benötigten fachlichen und sozialen Kenntnisse und Fähigkeiten aufweisen. Die Forderungen an die Bildungspolitik sind altbekannt und dennoch unverändert aktuell: Sicherung eines ausreichenden Niveaus an Grundkenntnissen (Muttersprache, Mathematik), Ausbau der Vermittlung naturwissenschaftlich-technischer Inhalte (Anreizsetzung für eine entsprechende Berufswahl bzw. Studiengangwahl), stärkere Integration praktischer Berufserfahrungen in den Schulunterricht, Fokussierung auf das Erlernen sozialer Kompetenzen und methodischen Arbeitens.

2. Schaffung von Haltefaktoren für Fachkräfte: Zentraler Ansatzpunkt hierfür sind die Hochschulen des Landes. Duale Studiengänge und die seit Mitte 2008 bei den Industrie- und Handelskammern angesiedelte Stipendieninitiative sind zukunftsweisende Beispiele dafür, wie Studenten und Absolventen Karrierealternativen in Sachsen-Anhalt nahegebracht und hochqualifizierte junge Fachkräfte an regionale Unternehmen gebunden werden können.

Diese Maßnahmen müssen und sollen fortgesetzt und ausgebaut sowie noch breiter kommuniziert werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Vermittlung eines positiveren Images des Landes Sachsen-Anhalt nicht nur als Studien-, sondern auch als Arbeits- und Lebensort von großer Bedeutung.

3. qualifizierte Zu- und Rückwanderung von Arbeitskräften: Die Landesregierung zielt mit ihren Bemühungen um einen Rückzug qualifizierter Arbeitskräfte auf die Vielzahl der sachsen-anhaltischen Berufspendler und der ehemaligen Sachsen-Anhalter, die mittlerweile in anderen Bundesländern wohnen. Die entsprechenden Maßnahmen, wie das Fachkräfteportal PFIFF oder die Fachkräftehotline bei den Arbeitsagenturen, sind grundsätzlich begrüßenswert. Eine mindestens ebenso wichtige Quelle für potenzielle Fachkräfte stellt jedoch das Ausland, speziell die Region Osteuropa, dar. In diesem Zusammenhang wurde von der Bundesregierung erneut eine wichtige Gelegenheit verpasst, durch Gewährung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2009 die Zugangshürden ausländischer Arbeitnehmer für den hiesigen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Die im Aktionsprogramm „Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland“ im Juli 2008 beschlossenen Maßnahmen gehen nach Ansicht der Landesarbeitsgemeinschaft nicht weit genug. Sie appelliert daher an die Landesregierung, sich in Fachgremien und über den Bundesrat fortgesetzt für die Abschaffung sämtlicher Beschränkungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit noch vor 2011 einzusetzen, auch im Hinblick auf eine mögliche neue Regierungskonstellation nach der Bundestagswahl im September 2009.

Unternehmensteuerreform und Erbschaftsteuerreform nachbessern!

Die im Rahmen des Konjunkturpakets II vorgenommene „Rechtsverschiebung“ des Einkommensteuertarifs um 400 Euro sowie die Absenkung des Eingangssteuersatzes um einen Punkt auf 14 Prozent sind im Kontext des Programms sicherlich Schritte in die richtige Richtung, sie ersetzen jedoch keinesfalls eine von der Wirtschaft schon länger geforderte Reform der Reform beim Unternehmensteuerrecht. Grundsätzlich gilt für das Einkommensteuerrecht wie auch für nahezu alle anderen Bereiche des Steuerrechts: die Regelungen sind zu kompliziert, mit zu vielen Einzeltatbeständen überfrachtet und belasten häufig gerade diejenigen Gruppen überproportional, die eigentlich begünstigt werden sollten und müssten.

Konkret bezogen auf die Unternehmensteuerreform erweisen sich mittelstandsbezogen vor allem folgende Punkte als handlungsrelevant:

1. Abflachung des sogenannten „Mittelstandsbauchs“: In seinem linear-progressiven Verlauf steigt der Einkommensteuertarif zunächst sehr stark an, um dann in mehreren Stufen zum Spitzensteuersatz von 42 Prozent hin abzuflachen. Im Vergleich zu einer durchgehend linearen Einkommensbesteuerung bildet der Tarifverlauf im Bereich der kleineren und mittleren Einkommen den sogenannten „Mittelstandsbauch“ ab, der eine proportional stärkere Belastung eben dieser Einkommensgruppen deutlich macht. Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Michael Glos hatte bereits Pläne zur Beseitigung dieses Missverhältnisses vorgelegt – diese sollten unbedingt wieder aufgegriffen werden. Selbst in den engen Grenzen der Haushaltsdiziplin sollte hier ein gewisser Entlastungsspielraum möglich sein.

2. Regelungen wie die sogenannte Zinsschranke (Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Zinsaufwendungen) oder die Erweiterung der Hinzurechnungen (Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten und Leasingraten) zur Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer entlasten die Unternehmen nicht, sondern gehen an deren Substanz. Sie sind wieder abzuschaffen bzw. in ihrer Wirkung deutlich zu entschärfen.

3. Die sogenannte Thesaurierungsbegünstigung (steuerliche Begünstigung von einbehaltenen Gewinnen) ist vom Ansatz her richtig, allerdings kritisieren Experten die Ausgestaltung der Nachversteuerung bei Gewinnentnahme im Folgejahr. Die Belastung liegt für die Unternehmen im Regelfall dann höher als bei Sofortentnahme.

Die Erbschaftsteuerreform, die am 1. Januar 2009 in Kraft trat, hat weitreichende Konsequenzen für familieninterne Unternehmensnachfolgen. Die Hoffnung auf eine Steuerbefreiung ist für die Firmenerben in weite Ferne gerückt, denn die Reduzierung der individuellen Steuerlast ist an äußerst strenge Voraussetzungen geknüpft: Gemäß der sogenannten Lohnsummenregel bleibt das Betriebsvermögen zu 85 Prozent nur dann steuerfrei, wenn die vom Unternehmen gezahlten Löhne in den nächsten zehn Jahren im Durchschnitt nicht unter 70 Prozent des Lohnsummenniveaus vor der Vererbung fallen – faktisch also eine Bindung an eine relativ konstante Zahl an Arbeitsplätzen. Dieser Planungshorizont ist viel zu lang, notwendige Entlassungen bei konjunkturellen Schwankungen oder Umstrukturierungen würden den Unternehmer noch zusätzlich mit der anteilig fälligen Erbschaftsteuer bestrafen. Die Lohnsummenregel setzt in dieser Form einen völlig falschen Anreiz, indem sie familieninterne Unternehmensnachfolgen benachteiligt, statt sie zu begünstigen – sie muss daher abgeschafft oder zumindest stark entschäft werden!

3.2 Landesebene

Berufsbildende Schulen in Sachsen-Anhalt: Auszubildende sollten nächstgelegene Berufsschule besuchen (können)!

Die Diskussion um eine Konzentration der Berufsschulstandorte in Sachsen-Anhalt ist durch die Kreisgebietsreform in vollem Gange und angesichts der demografischen Entwicklung auch notwendig. Dabei muss aus Sicht der Unternehmen und Auszubildenden eine möglichst wohnort- und ausbildungsortnahe Beschulung ermöglicht werden. Es sollte für den Auszubildenden generell immer möglich sein, die für ihn nächstgelegene Berufsschule zu besuchen. Dazu sind Ausgleichsregelungen zwischen den Landkreisen notwendig, Kreisgrenzen sollten keine unüberwindbaren Grenzen darstellen. Es sollte eine Abstimmung zwischen den Berufsschulstandorten mit dem Ziel organisiert werden, die Beschulung von Auszubildenden in bestimmten Berufen an möglichst vielen Standorten anzubieten. Auch ein doppeltes Angebot in einem Landkreis sollte zugelassen sein, wenn die Schülerzahlen es hergeben.

Senkung der Schulabbrecherquoten: detaillierte Analyse nötig!

Eine vom Kultusministerium Sachsen-Anhalt in Auftrag gegebene Studie aller Schulstandorte zu den Schulabbrecherquoten in Sachsen-Anhalt zeigt ein sehr differenziertes Bild. Herrschende Vorurteile über soziale Brennpunkte – und damit verbundene (vermeintliche) „einfache“ Antworten - lassen sich zum Teil widerlegen: So sind die Erfolgsfaktoren geringer Abbrecherquoten vor allem in der jeweiligen Schulleitung und deren gezielter Zusammenarbeit mit ausgewählten Partnern begründet. Diese Erkenntnisse sind für eine Senkung der Abbrecherquoten an allgemeinbildenden Schulen sehr hilfreich; sobald die genaue Analyse vorliegen wird sollte eine detaillierte Auswertung der Ursachen erfolgen und in entsprechende Handlungsempfehlungen münden. In jedem Fall möge man sich davor hüten, die Abbrecherquote allein als Grundlage für „Lob und Tadel“ heranzuziehen – diese Quote stellt nicht mehr als eine recht undurchsichtige Verhältniszahl und damit bestenfalls einen sehr groben Indikator dar. Eine detaillierte Analyse muss viele Einflussgrößen berücksichtigen: z.B. Elternhaus, Klassengrößen, Unterrichtsmethodik, Leistungsgefälle zwischen den Schülern oder die technische Ausstattung.

Die „Initiative B6n“: Unternehmen und Politik für ein modernes Verkehrsnetz im Land!

Die Bundesstraße B 6n ist eine wichtige West-Ost-Achse in Sachsen-Anhalt und zwischen Bad Harzburg und Bernburg weitestgehend fertig gestellt. Der Raum zwischen Bernburg (A14), Köthen und Dessau-Roßlau (A9) liegt aber noch im „Verkehrsschatten“. Für den Weiterbau werden jetzt aus den aktuellen Konjunkturpaketen die Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Aber die endgültige Fertigstellung dieser wichtigen Verkehrsachse bis zur A9 südliche von Dessau-Roßlau ist ebenso unsicher wie die mittelfristige Weiterführung in Richtung Osten. Deshalb soll im Juni Eine „Regionale Initiative B6n“ gegründet werden, in der sich regionale Unternehmen zusammen mit Kammern, Landkreisen, Kommunen und anderen Betroffenen für eine schnellstmögliche Fertigstellung der B6n im Raum Anhalt engagieren.

A 143 (Westumfahrung Halle): Faire Abwägung aller Interessen notwendig!

Die Planungsverfahren zur A 143 (Westumfahrung Halle) sind ein gutes (bzw. schlechtes…) Beispiel dafür, wie schwer gegenläufige Interessen in einem dicht besiedelten Wirtschaftsraum wie dem Raum Halle/ Saalekreis in Einklang zu bringen sind: Der geplante Autobahnabschnitt soll zum einen die Stadt Halle entlasten (insbesondere im Zusammenhang mit der Verlängerung der A 38 und A 71) und zum anderen die notwendige Nordanbindung an die Industriegebiete in Buna und Leuna ermöglichen. Dieser für die Unternehmen der Region wichtige Lückenschluss des Autobahnnetzes stößt aber auf erbitterten Widerstand des Naturschutzbundes, der geltend macht, im Bereich der geplanten Streckenführung lägen schützenswerte Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH). Eine faire Abwägung aller Interessen ist nötig, gegenseitiges Verständnis ebenso. Bereits vor Abschluss des Planfeststellungsverfahrens anzukündigen, man werde „in jedem Fall klagen“ – wie von Umweltschützerseite angekündigt -, belegt nicht nur eine kompromisslose Grundhaltung, sondern zeugt zudem von einem bemerkenswerten Rechtsstaatsverständnis.

Konjunkturpaket II: schnelle Umsetzung nötig!

Die von der Bundesregierung geschnürten „Konjunkturpakete“ sind Gegenstand zum Teil heftiger und kontroverser Diskussionen auf Landes- und kommunaler Ebene über den „besten Weg“ der Mittelvergabe. Befürworter einer eher pauschalen Mittelvergabe stehen jenen gegenüber, die für eine eher projektorientierte Vergabe plädieren. Diese Diskussion ist wenig hilfreich, denn sie geht am Kern des Problems vorbei. Die entscheidende Frage lautet: Wie kommen die Mittel am wirksamsten und am schnellsten an Ort und Stelle an? Mit anderen Worten: Wie sichert man die größtmögliche Effektivität und Effizienz der verausgabten Mittel? Antwort: Indem Konjunkturpolitik nicht mit anderen Politikzielen wie Bildung oder Klima vermengt wird.

Landesentwicklungsplan: Sachsen-Anhalt als Wirtschaftsstandort wirksam sichern!

Der Landesentwicklungsplan (LEP) ist für die Wirtschaft ein wichtiges Planungsinstrument und eine strategische Grundlage für die Standortentwicklung Sachsen-Anhalts. Der im Sommer 2008 vorgelegte erste Entwurf bietet insgesamt eine gute Grundlage, kann und muss jedoch im Hinblick auf einige Aspekte verbessert werden:

- *Flächenanteil für Natur und Landschaft sowie ökologische Verbundsysteme nicht ausweiten:* Laut Entwurf würde sich der Flächenanteil an Vorranggebieten für Natur und Landschaft und Vorbehaltsgebieten für den Aufbau eines ökologischen Verbundsystems gegenüber dem aktuellen Landesentwicklungsplan erhöhen. Insbesondere in der Wirtschafts- und Tourismusregion Harz soll der Flächenanteil der Vorranggebiete für Natur und Landschaft erheblich ausgeweitet werden. Dies ist strikt abzulehnen. Der LEP darf den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt nicht durch eine flächenhafte und vernetzte Ausweisung von Vorranggebieten für Natur und Landschaft und Vorbehaltsgebiete für den Aufbau eines ökologischen Verbundsystems schwächen.

- *Rohstoffsicherung:*

  a) generell Vorrang- und Vorbehaltsgebiete ausweisen: Die Rohstoffwirtschaft ist ein bedeutender Wirtschaftszweig für den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt. Deshalb sind im LEP neben den Vorrang- auch Vorbehaltsgebiete auszuweisen.

  b) wirksamer Bestandsschutz: Bestehende Abbaugebiete, die nicht als Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete für Rohstoffgewinnung dargestellt werden, brauchen wirksamen Bestandsschutz. Zu diesem Zweck sollte folgender Satz in den LEP aufgenommen werden: „Mit dem Vorliegen einer Bergbauberechtigung, einer Abbaugenehmigung oder einer Betriebsplanzulassung begründet sich für den Inhaber ein Recht, das unabhängig von den Festlegungen des Landesentwicklungsplan Bestand hat."

  c) insbesondere oberflächennahe Rohstoffe sichern: Lagerstätten oberflächennaher Baurohstoffe sollten raumordnerisch nicht in den Regionalen Entwicklungsplänen (REP), sondern auf Landesebene – das heißt: im LEP - gesichert werden.

- *Entwicklungsachsen nicht nur als Verbindungsachsen begreifen*: Die (erstmalige) Ausweisung von Entwicklungsachsen im LEP ist zwar zu begrüßen. Das im Entwurf dokumentierte Verständnis als reine Verbindungsachsen jedoch nimmt die Entwicklungsachsen gleichsam unter Niveau; jedenfalls wird es deren regional- und entwicklungsökonomischer Bedeutung nicht gerecht, da nicht deutlich wird, ob und welche Entwicklungen sich an diesen Achsen tatsächlich vollziehen können.

ANHANG

KONJUNKTURUMFRAGE SACHSEN-ANHALT 2008

Gesamtwirtschaft (ohne Gastgewerbe)													
Fragestellung	**Antwort-möglichkeiten**	**2006**				**2007**				**2008**			
		Q1	**Q2**	**Q3**	**Q4**	**Q1**	**Q2**	**Q3**	**Q4**	**Q1**	**Q2**	**Q3**	**Q4**
Geschäftslage	gut	36,1	40,4	44,1	52,3	41,4	44,7	43,3	50,4	42,0	40,6	33,9	30,9
	befriedigend	42,6	45,0	46,0	39,6	48,2	42,7	45,2	39,4	45,4	44,0	52,1	49,9
	schlecht	21,3	14,6	9,9	8,0	10,4	12,6	11,6	10,2	12,6	15,3	14,0	19,2
	Saldo	**14,9**	**25,7**	**34,3**	**44,3**	**31,0**	**32,2**	**31,7**	**40,3**	**29,3**	**25,3**	**20,0**	**11,7**
Geschäftserwartungen	günstiger	28,0	23,0	20,0	22,3	32,3	25,5	22,7	22,0	24,7	17,7	15,3	5,0
	gleich bleibend	54,1	62,1	59,1	60,8	55,2	61,1	58,0	59,5	59,3	60,1	61,6	44,9
	ungünstiger	17,8	14,9	20,9	17,1	12,5	13,4	19,3	18,5	16,0	22,3	23,1	50,1
	Saldo	**10,2**	**8,0**	**-0,9**	**5,2**	**19,9**	**12,1**	**3,3**	**3,4**	**8,7**	**-4,6**	**-7,8**	**-45,1**
Geschäftsklimaindex		**12,5**	**16,9**	**16,7**	**24,7**	**25,5**	**22,1**	**17,5**	**21,8**	**19,0**	**10,4**	**6,1**	**-16,7**
Beschäftigung	steigend	13,4	10,7	11,6	13,8	19,8	18,5	18,8	17,3	16,5	14,7	13,6	8,8
	gleich bleibend	74,0	76,1	74,4	73,3	70,6	72,6	62,5	69,1	69,2	72,0	69,9	60,6
	sinkend	12,6	13,2	14,0	12,9	9,5	8,9	18,7	13,7	14,5	13,6	16,5	30,6
	Saldo	**0,8**	**-2,4**	**-2,3**	**0,9**	**10,3**	**9,6**	**0,1**	**3,6**	**2,0**	**1,1**	**-2,9**	**-21,8**
Inlandsinvestitionen	zunehmend	23,8	20,3	17,6	22,4	24,3	26,2	23,0	21,6	22,1	17,9	13,6	11,6
	gleich bleibend	59,4	61,4	62,8	60,2	61,6	57,7	58,0	57,1	60,7	60,8	63,0	49,0
	abnehmend	16,8	18,3	19,6	17,4	14,1	16,1	19,0	21,4	17,3	21,3	23,5	39,4
	Saldo	**7,1**	**1,9**	**-2,0**	**4,9**	**10,2**	**10,1**	**4,1**	**0,2**	**4,8**	**-3,3**	**-9,9**	**-27,7**

Industrie

Fragestellung	Antwort-möglichkeiten	2006				2007				2008			
		Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Geschäftslage	gut	14,4	15,6	16,3	18,8	18,4	17,5	18,2	18,6	18,2	17,9	12,8	9,7
	befriedigend	12,5	13,3	12,0	11,0	11,5	12,1	10,9	11,0	11,2	10,3	13,9	15,2
	schlecht	4,5	2,6	3,1	1,6	1,5	1,8	2,3	1,8	2,1	3,2	4,7	6,6
	Saldo	**9,9**	**13,0**	**13,3**	**17,3**	**16,9**	**15,7**	**15,9**	**16,8**	**16,1**	**14,7**	**8,1**	**3,1**
Geschäftserwartungen	günstiger	10,5	10,1	8,9	10,6	13,6	11,0	9,8	8,9	8,9	7,2	7,0	1,6
	gleich bleibend	17,1	17,6	17,2	17,9	15,6	18,2	16,1	18,6	17,9	19,4	17,3	12,9
	ungünstiger	3,8	3,7	5,3	2,9	2,1	2,3	5,5	3,9	4,6	4,8	7,0	16,8
	Saldo	**6,8**	**6,4**	**3,6**	**7,8**	**11,5**	**8,7**	**4,4**	**4,9**	**4,2**	**2,4**	**0,0**	**-15,2**
Geschäftsklimaindex		**8,3**	**9,7**	**8,4**	**12,5**	**14,2**	**12,2**	**10,1**	**10,9**	**10,2**	**8,5**	**4,1**	**-6,1**
Exporterwartungen	zunehmend	11,8	10,6	11,8	12,7	10,5	10,5	11,2	9,6	12,3	8,8	7,8	3,7
	gleich bleibend	16,4	17,6	15,5	15,7	17,0	17,4	16,6	18,2	15,9	19,3	18,2	14,0
	abnehmend	1,6	1,4	1,5	0,9	1,0	1,4	1,7	1,3	1,6	1,7	3,6	12,1
	kein Export	6,3	6,4	6,9	6,4	7,7	6,2	5,5	5,7	5,9	5,5	5,6	6,4
Beschäftigung	steigend	4,0	5,5	5,4	7,7	6,8	7,2	7,7	7,6	6,3	5,5	4,4	1,8
	gleich bleibend	22,8	23,0	23,5	22,2	23,4	22,9	21,0	21,4	23,1	22,2	23,6	19,9
	sinkend	4,6	2,8	2,5	1,6	1,1	1,4	2,7	2,4	2,0	3,6	3,4	9,7
Inlandsinvestitionen	zunehmend	11,0	7,7	7,4	10,2	9,6	9,5	9,6	10,1	10,5	9,4	5,6	5,1
	gleich bleibend	15,0	18,4	17,8	15,6	17,8	17,5	16,5	15,1	16,3	15,8	18,5	12,4
	abnehmend	5,4	5,3	6,1	5,6	4,1	4,4	5,3	6,2	4,6	6,3	7,4	13,9

Baugewerbe

Fragestellung	Antwort-möglichkeiten	2006				2007				2008			
		Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Geschäftslage	gut	1,2	1,4	2,3	2,0	1,5	1,6	2,3	2,0	1,4	0,9	2,1	2,1
	befriedigend	4,1	6,0	6,6	5,5	4,3	4,0	4,1	4,7	4,5	5,4	5,5	4,9
	schlecht	4,0	2,0	0,5	1,9	3,6	3,7	3,1	2,7	3,6	3,2	1,7	2,4
	Saldo	**-2,8**	**-0,6**	**1,9**	**0,1**	**-2,1**	**-2,1**	**-0,8**	**-0,7**	**-2,2**	**-2,3**	**0,4**	**-0,4**
Geschäftserwartungen	günstiger	2,5	0,4	1,2	0,9	2,4	2,4	0,7	1,2	2,3	0,8	1,5	0,5
	gleich bleibend	4,8	7,6	5,0	5,8	4,3	4,8	5,1	4,2	3,8	5,1	4,4	1,3
	ungünstiger	2,1	1,3	3,2	2,7	2,7	2,2	3,7	4,0	3,3	3,6	3,6	7,6
	Saldo	**0,4**	**-0,9**	**-1,9**	**-1,7**	**-0,3**	**0,2**	**-3,0**	**-2,8**	**-1,0**	**-2,8**	**-2,1**	**-7,2**
Geschäftsklimaindex		**-1,2**	**-0,8**	**0,0**	**-0,8**	**-1,2**	**-0,9**	**-1,9**	**-1,7**	**-1,6**	**-2,5**	**-0,8**	**-3,8**
Beschäftigung	steigend	1,6	0,4	0,3	0,4	2,3	1,3	0,5	0,2	0,5	1,1	1,0	0,2
	gleich bleibend	6,6	7,7	5,3	6,6	5,3	6,3	5,0	5,7	5,7	6,5	6,1	3,0
	sinkend	1,2	1,3	3,8	2,4	1,8	1,8	3,9	3,5	3,2	1,8	2,4	6,2
Inlandsinvestitionen	zunehmend	0,8	0,6	0,5	1,4	1,4	0,7	1,1	0,7	0,6	0,5	0,3	0,4
	gleich bleibend	6,6	6,6	6,7	6,5	6,2	5,4	6,2	4,5	4,9	5,8	6,2	4,9
	abnehmend	2,0	2,2	2,2	1,5	1,8	3,3	2,1	4,2	3,9	3,1	2,9	4,1

Handel

Fragestellung	Antwort-möglichkeiten	2006				2007				2008			
		Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Geschäftslage	gut	4,0	5,1	5,5	7,5	4,9	5,1	4,6	5,4	3,2	4,3	3,3	3,5
	befriedigend	7,6	7,5	7,8	6,6	8,1	8,4	8,5	7,0	10,4	7,9	8,8	8,7
	schlecht	4,7	3,6	3,0	2,3	3,4	2,8	3,2	4,0	2,7	4,1	4,2	4,0
	Saldo	**-0,6**	**1,5**	**2,5**	**5,2**	**1,5**	**2,3**	**1,3**	**1,4**	**0,5**	**0,2**	**-0,9**	**-0,5**
Geschäftserwartungen	günstiger	4,6	2,8	2,8	2,3	4,3	2,6	3,2	2,5	3,3	1,9	0,7	1,2
	gleich bleibend	6,6	9,9	9,1	8,9	8,8	10,1	8,7	9,5	9,8	8,8	10,7	6,1
	ungünstiger	5,0	3,6	4,4	5,1	3,2	3,6	4,3	4,2	3,2	5,6	4,9	9,0
	Saldo	**-0,4**	**-0,7**	**-1,5**	**-2,9**	**1,1**	**-1,0**	**-1,1**	**-1,7**	**0,1**	**-3,7**	**-4,2**	**-7,9**
Geschäftsklimaindex		**-0,5**	**0,4**	**0,5**	**1,2**	**1,3**	**0,7**	**0,1**	**-0,2**	**0,3**	**-1,7**	**-2,5**	**-4,2**
Beschäftigung	steigend	1,4	0,3	0,5	0,6	2,4	0,7	1,1	1,7	2,0	1,9	1,4	1,0
	gleich bleibend	12,5	14,1	13,0	13,5	11,8	14,5	13,4	12,1	11,3	10,6	11,0	10,5
	sinkend	2,4	1,9	2,8	2,3	2,1	1,2	1,8	2,5	3,1	3,8	3,9	4,8
Inlandsinvestitionen	zunehmend	2,5	2,3	2,1	3,0	3,2	3,5	2,5	3,0	2,3	2,4	1,2	0,6
	gleich bleibend	10,0	11,8	10,0	10,2	10,1	10,4	10,8	10,0	11,2	11,4	10,8	8,0
	abnehmend	3,7	2,2	4,2	3,1	3,0	2,4	3,0	3,3	2,8	2,5	4,3	7,7

Dienstleistungsgewerbe

Fragestellung	Antwort-möglichkeiten	2006				2007				2008			
		Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Geschäftslage	gut	14,9	15,6	17,4	21,1	14,0	18,2	15,1	22,5	17,3	16,1	14,3	14,0
	befriedigend	14,3	14,5	15,8	12,7	20,5	13,7	18,6	12,0	15,3	16,7	19,7	17,7
	schlecht	6,2	5,4	2,3	1,7	1,0	3,6	1,9	1,0	2,9	2,7	1,5	3,8
	Saldo	**8,7**	**10,2**	**15,1**	**19,5**	**13,0**	**14,6**	**13,2**	**21,5**	**14,4**	**13,4**	**12,8**	**10,2**
Geschäftserwartungen	günstiger	8,9	8,3	5,6	7,3	10,2	8,1	6,9	9,0	9,1	7,2	5,6	1,6
	gleich bleibend	21,5	22,8	24,0	24,0	22,4	23,5	23,9	22,4	23,3	23,0	25,3	21,5
	ungünstiger	5,1	4,4	5,9	4,2	2,9	4,0	4,7	4,2	3,1	5,3	4,6	12,3
	Saldo	**3,7**	**3,9**	**-0,3**	**3,1**	**7,3**	**4,1**	**2,2**	**4,8**	**6,0**	**1,9**	**1,0**	**-10,7**
Geschäftsklimaindex		**6,2**	**7,1**	**7,4**	**11,3**	**10,1**	**9,4**	**7,7**	**13,2**	**10,2**	**7,6**	**6,9**	**-0,3**
Beschäftigung	steigend	5,6	3,7	5,0	4,1	6,3	8,4	7,8	7,1	6,1	5,5	6,1	5,1
	gleich bleibend	27,0	26,0	26,9	26,5	25,5	23,4	18,6	24,7	24,8	27,7	25,8	23,7
	sinkend	2,9	5,9	3,5	4,9	3,7	3,8	9,1	3,7	4,6	2,3	3,6	6,7
Inlandsinvestitionen	zunehmend	8,0	8,7	7,0	6,5	8,3	11,0	7,5	6,7	7,1	5,0	5,2	5,1
	gleich bleibend	23,7	20,4	23,4	23,4	24,0	20,0	20,2	22,5	23,8	23,2	24,2	20,7
	abnehmend	3,8	6,4	5,2	5,5	3,1	4,5	7,8	6,3	4,7	7,3	6,1	9,7

Verkehrsgewerbe													
Fragestellung	Antwort-möglichkeiten	2006				2007				2008			
		Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Geschäftslage	gut	1,5	2,6	2,6	2,9	2,7	2,2	3,1	1,9	1,9	1,5	1,3	1,7
	befriedigend	4,1	3,8	3,8	3,8	3,8	4,5	3,2	4,7	4,0	3,7	4,3	3,3
	schlecht	1,8	1,0	1,0	0,7	1,0	0,6	1,1	0,8	1,5	2,2	1,9	2,3
	Saldo	**-0,3**	**1,6**	**1,5**	**2,3**	**1,7**	**1,6**	**2,0**	**1,1**	**0,4**	**-0,7**	**-0,6**	**-0,6**
Geschäftserwartungen	günstiger	1,5	1,3	1,4	1,1	1,8	1,4	2,0	0,4	1,2	0,7	0,5	0,1
	gleich bleibend	4,2	4,2	3,8	4,2	4,1	4,7	4,2	4,7	4,4	3,8	3,9	3,0
	ungünstiger	1,8	1,9	2,2	2,1	1,5	1,3	1,2	2,2	1,8	3,0	3,0	4,3
	Saldo	**-0,3**	**-0,7**	**-0,8**	**-1,0**	**0,3**	**0,1**	**0,8**	**-1,8**	**-0,6**	**-2,3**	**-2,5**	**-4,2**
Geschäftsklimaindex		**-0,3**	**0,5**	**0,4**	**0,6**	**1,0**	**0,9**	**1,4**	**-0,3**	**-0,1**	**-1,5**	**-1,5**	**-2,4**
Beschäftigung	steigend	0,8	0,9	0,4	1,1	2,0	0,9	1,7	0,7	1,6	0,7	0,6	0,6
	gleich bleibend	5,1	5,3	5,6	4,6	4,7	5,6	4,5	5,2	4,4	5,0	3,1	3,5
	sinkend	1,5	1,2	1,4	1,7	0,7	0,8	1,2	1,5	1,6	2,0	3,3	3,2
Inlandsinvestitionen	zunehmend	1,5	1,0	0,6	1,3	1,9	1,4	2,3	1,1	1,6	0,7	1,2	0,4
	gleich bleibend	4,0	4,2	4,9	4,4	3,5	4,4	4,3	4,9	4,5	4,6	3,3	3,1
	abnehmend	1,9	2,2	1,9	1,7	2,0	1,5	0,8	1,4	1,3	2,1	2,9	3,9

AUSGEWÄHLTE STRUKTURDATEN FÜR SACHSEN-ANHALT

Strukturdaten zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Sachsen-Anhalt

Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten		Jahreswerte					
		2003	2004	2005	2006	2007	2008
Betriebe	Anzahl	582	591	597	603	632	654
Beschäftigte	Anzahl	87.715	88.951	89.465	91.716	98.417	103.132
Gesamtumsatz	in Mio. Euro	20.931	23.183	26.817	31.128	34.574	35.531
Auslandsumsatz	in Mio. Euro	4.375	5.271	6.635	8.351	9.785	10.580
Exportquote	in Prozent	20,9	22,7	24,7	26,8	28,3	29,8

Strukturdaten zum Bauhauptgewerbe in Sachsen-Anhalt

Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten		Jahreswerte					
		2003	2004	2005	2006	2007	2008
Betriebe	Anzahl	466	424	370	329	329	326
Beschäftigte	Anzahl	22.543	20.236	17.509	16.345	16.220	16.024
Gesamtumsatz	in Mio. Euro	2.426	2.144	1.984	2.002	1.982	2.085

Ausfuhr des Landes Sachsen-Anhalt nach Warengruppen

Jahr	Ausfuhr insgesamt	Ernährungs-wirtschaft insgesamt	Gewerbliche Wirtschaft insgesamt	davon		
				Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren
	in Mio. Euro					
1991	**2.703**	162	2.541	28	176	2.337
1992	**2.380**	239	2.141	21	235	1.885
1993	**1.768**	312	1.456	19	154	1.283
1994	**1.998**	324	1.675	27	264	1.383
1995	**2.158**	350	1.807	68	281	1.459
1996	**2.217**	380	1.837	81	314	1.441
1997	**2.481**	458	2.023	44	366	1.612
1998	**2.850**	558	2.292	46	454	1.792
1999	**2.941**	506	2.435	68	547	1.819
2000	**3.867**	577	3.290	83	682	2.526
2001	**4.614**	728	3.886	151	748	2.987
2002	**4.875**	705	4.170	179	686	3.305
2003	**5.381**	878	4.491	204	664	3.623
2004	**6.174**	866	5.211	261	737	4.213
2005	**7.720**	898	6.681	306	941	5.435
2006	**10.002**	1.031	8.789	376	1.170	7.243
2007	**11.329**	1.086	9.640	345	1.470	7.826
2008	**12.810**	1.315	10.824	390	1.446	8.987
Veränderung in Prozent	**13,1%**	**21,0%**	**12,3%**	**13,0%**	**-1,6%**	**14,8%**

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; eigene Berechnungen

Impressum

Herausgabe und Redaktion:
Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Sachsen-Anhalt

Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau
Geschäftsfeld Standortpolitik
Geschäftsführer Dr. Thomas Brockmeier
Referent für Statistik Danny Bieräugel
Franckestr. 5 | 06110 Halle (Saale)
Tel: (0345) 2126-362 | Fax: (0345) 2179-662
www.halle.ihk.de

Industrie- und Handelskammer Magdeburg
Geschäftsbereich Industrie, Umwelt u. Konjunktur
Geschäftsführer Sven Horn
Alter Markt 8 | 39104 Magdeburg
Tel: (0391) 5693-150 | Fax: (0391) 5693-193
www.magdeburg.ihk.de

April 2008